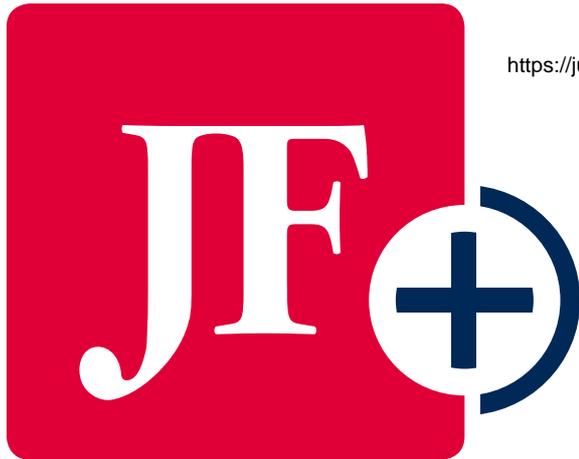


Kommt Deutschland auf die Beine?: Bundeswehr-Aufrüstung – Geld alleine reicht nicht



<https://jungfreiheit.de/wirtschaft/2025/bundeswehr-aufruestung-geld-alleine-reicht-nicht/>

Kommt Deutschland auf die Beine?

Bundeswehr-Aufrüstung – Geld alleine reicht nicht

Wirtschaft | 06. Juni 2025 | Autor: Dirk Meyer |

Deutschland öffnet die Geldschleusen für die Bundeswehr – doch hinter den Milliarden steckt ein drängendes Problem. Der Verteidigungshaushalt steigt auf Rekordniveau – und die Reformen bleiben aus.

Die Geldschleusen sind geöffnet. Dieses Jahr umfassen die Ausgaben für Verteidigung etwa 95 Milliarden Euro, entsprechend zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Davon stammen 53,25 Milliarden Euro aus dem Einzelplan 14 Verteidigung, 21,96 Milliarden aus dem Sondervermögen Bundeswehr und weitere 20 Milliarden aus Mitteln anderer Ressorts.

Hinzu kommen zukünftig Kredite in nicht beschränkter Höhe, die die neu geschaffene Bereichsausnahme Verteidigung (Art. 109 Abs. 3 GG) eröffnet. Danach sind „Verteidigungsausgaben, die Ausgaben des Bundes für den Zivilschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten“ auf die Schuldenregel nicht anzurechnen, soweit sie ein Prozent des BIP übersteigen.

Diese Grundgesetzänderung nahm der Bundesrechnungshof (BRH) unter Federführung seines Präsidenten Kay Scheller (CDU) als Anlaß für eine kritische Stellungnahme, die er gemäß Paragraph 99 Bundeshaushaltsordnung bei „Angelegenheiten von besonderer Bedeutung“ öffentlichkeitswirksam gegenüber Bundesregierung und Bundestag abgeben kann.

Der Verteidigungshaushalt würde auf 220 Milliarden Euro anwachsen
Zuvorderst kritisiert der BRH eine Kreditaufnahme für Zwecke der Verteidigung, da die Gewährleistung der äußeren Sicherheit als Kernaufgabe des Staates durch ordentliche Einnahmen, sprich Steuern, erfolgen müsse. Sodann böten die neu geschaffenen, dauerhaften und unbegrenzten Verschuldungsmöglichkeiten keinerlei Anreize zur sparsamen Haushaltsführung.

Dies gelte gerade angesichts neuer Nato-Zielvorgaben, über die beim Nato-Gipfel im Juli entschieden werden soll. Für die kommenden fünf bis sieben Jahre ist eine Anhebung auf bis zu 3,5 Prozent des BIP für Verteidigung und weitere 1,5 Prozent für verteidigungsnahe Infrastruktur im Gespräch. Entsprechend würde der Verteidigungshaushalt auf 220 Milliarden Euro anwachsen – ein Anstieg von über 130 Prozent.

Die Bundeswehr ist langsam und schwerfällig
Angesichts (über)voller Kassen für die Aufrüstung stünden deshalb ohne weitreichende Reformen in der Bundeswehr sowohl die Wirksamkeit der Verteidigungsausgaben wie auch die Effizienz der Mittelvergabe infrage. Organisatorisch und personell, so die Feststellung des BRH, ist die Bundeswehr nur unzureichend auf den Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet.

Doch die Bundeswehr wird oft wie ein Tanker wahrgenommen: langsam in Fahrt, schwerfällig im Manövrieren, selbst hochgefährdet bei akuter Schieflage, mit schwer kalkulierbaren Auswirkungen auf die Umwelt im Krisenfall – sprich Schutz der Bevölkerung.

Die dem staatlichen „Produktionsapparat“ Bundeswehr immanente Bürokratie verhindert Wandel, da Wandel zugleich die Aufgabe von liebgewonnenen Abläufen bedeutet. Die aktuelle, als russische Bedrohung wahrgenommene Situation stärkt laut Kritikern den „militärisch-industriellen Komplex“ – ein von US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede 1961 als Warnung geprägter Begriff. Dieser zeigt sich im engen Zusammenspiel zwischen Politik, Wissenschaft, Militärs sowie Vertretern der Rüstungsindustrie.

Beuten die Rüstungs-Monopolisten die Lage aus?

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) wird bisweilen als Beispiel eines solchen Kommunikationskanals angeführt. Im Vorstand oder Präsidium der DGAP sind Namen wie Thomas Enders (Ex-Airbus-Chef), Veronika Grimm (Mitglied des Sachverständigenrats Wirtschaft), Gregor Gysi (Linke), Wolfgang Ischinger (Ex-Chef der Münchner Sicherheitskonferenz), Alexander Lambsdorff (FDP), David McAllister und Johann Wadephul (beide CDU) zu finden.

Finanziert durch Beiträge ihrer Mitglieder, einer institutionellen Förderung des Auswärtigen Amtes, sowie durch Projektmittel und die Unterstützung zahlreicher Stiftungen, Botschaften, Verbände und international agierender Unternehmen finden Austausch, Abstimmung und politische Einflußnahme statt.

Infolge des Nachfragedrucks und der begrenzten Produktionskapazitäten warnt der BRH vor „Anreize[n] für die Industrie, für gleichbleibende Leistungen nunmehr höhere Preise zu verlangen“, sprich einer monopolistischen Ausbeutung seitens der Rüstungsanbieter. Kursanstiege deutscher börsennotierter Rüstungsanbieter seit der Invasion Rußlands im Februar 2022 legen dies nahe: Airbus Defence & Space 101 Prozent, Rheinmetall 2.162 Prozent, Hensoldt 779 Prozent.

Ist Großgerät der geänderten Lage noch angemessen?

Auch stellt sich die Frage nach den geeigneten Rüstungsgütern. Ist Großgerät der geänderten Lage noch angemessen? Eine Fregatte F126 koste etwa 1.400 Millionen Euro, eine Korvette K130 800 Millionen, ein US-Kampffjet F-35 286 Millionen und der Kampfpanzer Leopard 2 A7 etwa zehn Millionen.

Ein durch technische Komplexität gesteigertes Ausfallrisiko, teure „Goldrandlösungen“, die teils infolge US-Produktion hohe Abhängigkeit und der gegebenenfalls mangelnde Schutz gegen Drohnen lassen hier Zweifel aufkommen. In der Anschaffung günstige Kampfdrohnen, dazu Flugabwehrgerät und Munition scheinen demgegenüber prioritär.

Zwecks Kosteneinsparung empfiehlt der BRH eine Bestellbündelung mit Partnerstaaten, zum einen um Skaleneffekte in der Produktion bei größeren Stückzahlen zu erreichen, zum anderen, um eine gewisse Einkaufsmacht zu erzeugen. Notwendig seien auch Steuerungs- und Kontrollinstrumente, die eine wirksame Mittelverwendung sicherstellen, Qualität gewährleisten und den Erfolg des Mitteleinsatzes transparent machen.

Seit 1992 hat sich die Truppenstärke um 60 Prozent vermindert. Zusätzlich zu den Empfehlungen des BRH könnten dem Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des Bundestages bei größeren Mittelfreigaben der BRH direkt oder vom BRH ausgewählte Fachleute gutachterlich zur Seite stehen, auch um Kritik am „militärisch-industriellen Komplex“ entgegenzuwirken. Vereinfachungen im Vergaberecht könnten zudem zeit- und bürokratiesparend wirken.

Negativ hebt der BRH die Zunahme von Verwaltungstätigkeiten hervor, die Personal abseits der Kernaufgaben bindet. Hinzu kommt eine „Kopflastigkeit“ der Truppe. Gegenüber 1992 hat sich die Truppenstärke um etwa 60 Prozent vermindert, während die Zahl der Generäle und Admiräle in etwa konstant geblieben ist.

Mehr Geld allein führt in die Irre. Kritisiert wird auch der Anstieg des Anteils an Berufssoldaten seit 2018 um 3,5 Prozentpunkte auf 51,8 Prozent. Damit verbunden stieg das Durchschnittsalter in der Truppe von 28,5 Jahren (2010) auf 34 Jahre (2024).

Angesichts der gravierenden Personalknappheit – 2023 blieben 22 Prozent der Stellen des Freiwilligen Wehrdienstes und sieben Prozent der von Berufs- und Zeitsoldaten unbesetzt – müßte der Erfassung und Pflege von Reservisten vermehrt Sorge getragen werden. Dies könnte volkswirtschaftlich eine erheblich günstigere Variante darstellen als ein Pflichtdienst. Fazit: Mehr Geld allein führt in die Irre – zielgerichtete Reformen sind dringend geboten.

Jetzt die JF stärken!